



## **Verkehrsausschuss**

### **6. Sitzung (öffentlich)**

9. Dezember 2022

Düsseldorf – Haus des Landtags

9:31 Uhr bis 9:43 Uhr

Vorsitz: Matthias Goeken (CDU)

Protokoll: Benjamin Schruff

### **Verhandlungspunkt:**

#### **Siebte Verordnung zur Änderung der ÖPNV-Pauschalen-Verordnung 3**

Vorlage 18/513

Drucksache 18/1893 (Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags)

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stellt mit den Stimmen aller Fraktionen Einvernehmen zur Verordnung her.

\* \* \*



## **Siebte Verordnung zur Änderung der ÖPNV-Pauschalen-Verordnung**

Vorlage 18/513

Drucksache 18/1893 (Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags)

Auf seine Heimat Bezug nehmend, weist **Gordan Dudas (SPD)** auf eine Beschlussvorlage des Kreistags des Märkischen Kreises hin, aus der hervorgehe, dass die ÖPNV-Pauschale alle drei Jahre auf Grundlage der jeweils vergangenen drei Jahre neu festgelegt werde. Wegen der Coronapandemie liege aber eine Verzerrung der aktuellen Zahlen vor, und einzelne Kreise bzw. Städte bekämen Schwierigkeiten hinsichtlich der Finanzierung und machten sich Sorgen um deren Auskömmlichkeit.

Er wisse um die rechtlichen Schwierigkeiten, die durch ein Abweichen vom üblichen Weg entstünden, weshalb seitens des MUNV ausgeführt werden möge, ob bzw. in welcher Form den Auswirkungen der Coronapandemie durch eine Angleichung der Mittelverteilung Rechnung getragen werden könne. Einige Vorabinformationen zu diesem Sachverhalt in der heutigen Sitzung würde er begrüßen, vor allem aber bitte er um ausführliche Berichterstattung für die nächste Sitzung.

**StS Viktor Haase (MUNV)** sichert seinem Vorredner zu, dass das MUNV schriftlich berichten werde.

**MR Andreas Wille (MUNV)** erläutert, dass es zwischen den Folgen der Coronapandemie und den Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Energiepreisentwicklung zu unterscheiden gelte.

Die ÖPNV-Pauschale werde auf Basis der Betriebsleistungen des Jahres 2020 berechnet. Auch wenn die Coronapandemie in jenem Jahr schon gelaufen sei, habe der ihretwegen aufgespannte Rettungsschirm eine Aufrechterhaltung des ÖPNV-Leistungsangebots ermöglicht, wobei man hier natürlich immer die unterschiedlichen Vorgehensweisen in den einzelnen Regionen berücksichtigen müsse. Insgesamt würden die Verzerrungen durch die Coronapandemie aber wohl keine übermäßige Schiefelage bei der Mittelverteilung nach sich ziehen. Für etwaige Änderungen bei der Verteilung gebe es vielmehr andere Gründe.

Im Zusammenhang mit der schwierigen Lage im ÖPNV müsse man zwischen den Kostensteigerungen und der Finanzierung des Deutschlandtickets unterscheiden. Seitens des Bundes gebe es die Ankündigung, dass die Regionalisierungsmittel um insgesamt 1 Milliarde Euro erhöht und mit 3 statt mit 1,8 % dynamisiert werden sollten, wobei sich diese Maßnahmen bereits im parlamentarischen Verfahren befänden.

Interne Überlegungen zielten darauf ab, mit einem Teil des Nordrhein-Westfalen zufließenden Geldes die Kostensteigerungen beim ÖPNV im Allgemeinen und mit einem anderen Teil dieselbigen beim SPNV im Besonderen aufzufangen. Über die Ausgestaltung der Umsetzung werde noch beraten, es kämen sowohl eine Sonderförderung nach § 14 ÖPNVG NRW als auch eine Erhöhung der gesetzlich noch auf 130 Millionen Euro festgelegten ÖPNV-Pauschale infrage. Weitere Schritte in dieser Sache werde

man zu Beginn des nächsten Jahres unternehmen, derzeit müsse man viel Personal für die Umsetzung des Deutschlandtickets aufbringen.

**Vorsitzender Matthias Goeken** gibt an, bei der Durchsicht der entsprechenden Unterlagen festgestellt zu haben, dass sowohl der Märkische als auch sein Heimatkreis weniger Geld bekämen.

Über negative und positive Auswirkungen, die dahinterstehenden Mechanismen, die Effekte des Coronarettungsschirms, etwaige zusätzliche Mittel für den ÖPNV sowie das Deutschlandticket werde man im kommenden Jahr noch diskutieren.

Der Ausschuss stellt mit den Stimmen aller Fraktionen Einvernehmen zur Verordnung her.

gez. Matthias Goeken  
Vorsitzender

16.12.2022/21.12.2022